

NIEDERSCHRIFT

über die **2.** Sitzung
**des Ausschusses für Soziales, Wohnen und
Gesundheit**
(XVIII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **07.05.2026**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:43 Uhr
Den Vorsitz führte: Florian Köpenick

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

- | | |
|-----------------------------|---|
| 1. Frau Ursula Bittner | |
| 2. Herr René Daners | Vertretung für Herrn Prof. Dr. Dieter Welsink |
| 3. Herr Thomas Jung | |
| 4. Frau Sarah Kohtes | |
| 5. Herr Florian Köpenick | |
| 6. Frau Marie-Louise Tepper | Vertretung für Frau Barbara Brand |
| 7. Herr Dennis Volkeri | |
| 8. Frau Birte Wienands | Vertretung für Frau Sabina Kram |
| 9. Herr Max von Borzetowski | Vertretung für Julia Stüsgen |
| 10. Frau Angelika Zelleröhr | Vertretung für Frau Inge Jackisch |

• SPD-Fraktion

11. Herr Udo Bartsch
12. Frau Alina Brix
13. Frau Ursula Gondorf
14. Herr Mathias Junggeburth
15. Frau Sabine Kühl
16. Frau Susanne Uhlman

• AfD-Fraktion

- | | |
|---------------------------|--|
| 17. Herr Lutz Gumbrecht | |
| 18. Herr Arthur Rupprecht | |
| 19. Herr Jan Siepert | Vertretung für Herrn Heinz-Josef Schnock |

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 20. Frau Dr. Miriam Heckhausen
 - 21. Frau Swenja Krüppel
 - 22. Frau Marianne Michael-Fränzel
- Vertretung für Frau Leoni Kanders

- **FDP-Fraktion**

- 23. Herr Dirk Rosellen

- **Kreistagsfraktion Die Linke/Die PARTEI**

- 24. Herr Michail Burgesmeir
- Vertretung für Herrn Jonathan Heisinger

- **Kreistagsgruppe UWG/ Freie Wähler/ Zentrum**

- 25. Herr Wolfgang Müller

- **beratende Mitglieder**

- 26. Herr Bernd Gellrich
- 27. Herr Benjamin Lampa
- 28. Frau Marie Peeters

- **Verwaltung**

- 29. Frau Barbara Albrecht
- 30. Herr Jens Bender
- 31. Herr Christian Böhme
- 32. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 33. Herr Dezernent Gregor Küpper
- 34. Herr Carsten Paetau

- **Schriftführung**

- 35. Frau Sandra Burmeister
- 36. Herr Florian Lennartz

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		5
1.	Begrüßung und Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger	5
3.	Berichte des Gesundheitsamtes	5
3.1.	Vorstellung des Sprachtherapeutischen Dienstes Vorlage: 53/0842/XVIII/2026	5
3.2.	Vorstellung des Gesunde Städte-Netzwerks Vorlage: 53/0844/XVIII/2026.....	6
4.	Beschlüsse	7
4.1.	Behandlung im Voraus planen – Beschlussvorlage bzgl. Fortsetzung Vorlage: 50/0708/XVIII/2026	7
Beschlussempfehlung:		8
4.2.	Einstellung Pflegefinder-App des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 50/0709/XVIII/2026	9
Beschlussempfehlung:		9
5.	Mitteilungen	10
5.1.	Mitteilung Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie der WTG-DVO zum voraussichtlich 01.01.2027 Vorlage: 50/0710/XVIII/2026	10
5.2.	Zukunftsprogramm Pflegeberufe: Bericht zur Messeveranstaltung "Erlebniswelt Pflege und Soziales" 2026 Vorlage: 50/0711/XVIII/2026.....	10
5.3.	Kommunales Integrationsmanagement (KIM) - aktueller Sachstand der Umsetzung Vorlage: 50/0712/XVIII/2026.....	10
5.4.	Ergebnis Pflegemodellrechnung mit Auswirkung auf den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/0713/XVIII/2026	10
5.5.	Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Deutschsprachförderverordnung Vorlage: 50/0735/XVIII/2026	11
6.	Mündliche Mitteilungen.....	11
7.	Anträge.....	11
8.	Anfragen	11
8.1.	Anfrage der SPD-Fraktion: Verdeckte Altersarmut im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/0861/XVIII/2026	11

- 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion: Wohnungslosigkeit im Rhein-Kreis Neuss - aktuelle Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus der bundesweiten Befragung
Vorlage: 50/0862/XVIII/2026 11
- 8.3. Anfrage der SPD-Fraktion: Psychische Gesundheit von Mädchen und Jungen sowie jungen Frauen und Männern im Rhein-Kreis Neuss Vorlage:
53/0863/XVIII/2026 12

Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick begrüßte alle Ausschussmitglieder und stellte weiterhin die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verpflichtete die sachkundigen Ausschussmitglieder Frau Angelika Zelleröhr, Herr Rene Daners, Frau Marie Luise Zepper, Frau Marianne Michael-Fränzel, Herr Lutz Gumbrecht sowie die beratenden Mitglieder Herr Bernd Gellrich und Frau Marie Peeters.

3. Berichte des Gesundheitsamtes

3.1. Vorstellung des Sprachtherapeutischen Dienstes

Vorlage: 53/0842/XVIII/2026

Protokoll:

Frau Fischer-Schreiber stellte den Sprachtherapeutischen Dienst im Rahmen des Ausschusses vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Im Anschluss an den Vortrag wurde durch den Ausschussvorsitzenden Köpenick die Frageunde eröffnet.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Bartsch zu den häufigsten Ursachen von Sprachauffälligkeiten im Bereich der Sprachkompetenz bei Kindern wurde erläutert, dass neben genetisch bedingten Sprachauffälligkeiten insbesondere ein Mangel an sprachlicher und motorischer Förderung im frühen Kindesalter ursächlich sein könne. Es wurde ausgeführt, dass sowohl die Mundmotorik als auch die allgemeine Motorik häufig zu wenig gefördert würden und Kindern zudem teilweise zu wenige sprachliche Reize geboten würden. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass auch Mehrsprachigkeit in Einzelfällen eine Herausforderung darstellen könne, insbesondere im Hinblick auf die Beratung von Eltern zur sprachlichen Förderung im familiären Umfeld.

Auf die ergänzende Frage von Ausschussmitglied Bartsch zur Einbindung der Eltern wurde dargestellt, dass Eltern im Rahmen der Diagnostik und Beratung grundsätzlich einbezogen würden. Es wurde erläutert, dass diagnostische Ergebnisse gemeinsam mit den Eltern besprochen und präventive Angebote sowie Informations- und Fortbildungsformate, beispielsweise Elternabende in Kindertageseinrichtungen, genutzt würden, um die Eltern aktiv in den Förderprozess einzubinden.

Ausschussmitglied Rosellen erkundigte sich nach den regionalen Unterschieden bei den durchgeführten Diagnostiken in Kindertageseinrichtungen, insbesondere nach der erhöhten Anzahl in Neuss und Dormagen. Hierzu wurde ausgeführt, dass ein besonderer

Fokus auf Stadtteile mit sozialer Benachteiligung gelegt worden sei und insbesondere Einrichtungen aus Neuss und Dormagen proaktiv Unterstützungsbedarf angemeldet hätten. Ergänzend wurde darauf hingewiesen, dass grundsätzlich alle Kindertageseinrichtungen im Kreisgebiet die Möglichkeit hätten, entsprechende Unterstützungsangebote anzufordern. Zudem wurde erläutert, dass einzelne Einrichtungen bereits Kooperationen mit niedergelassenen Logopädinnen und Logopäden unterhielten.

Im Rahmen einer Nachfrage von Ausschussmitglied Kohtes zur Einordnung der dargestellten Fallzahlen wurde klargestellt, dass insgesamt 633 Diagnostiken und Beratungen durchgeführt worden seien. Die auf der Karte dargestellten Zahlen bezögen sich auf Diagnostiktage in insgesamt 52 Kindertageseinrichtungen. Es wurde zudem erläutert, dass aus den vorliegenden Daten keine gesonderte Auswertung dazu vorliege, wie viele der beratenen Kinder tatsächlich sprachauffällig gewesen seien.

Nachtrag zur Niederschrift: Obwohl im Jahr 2025 eine Kollegin in Elternzeit und eine Kollegin langzeiterkrankt war, ist es gelungen, im gesamten Rhein-Kreis Neuss 633 Diagnostiken durchzuführen. Entsprechend wurden auch 633 Eltern, sowie Erzieher und Erzieherinnen zu den Ergebnissen beraten. Bei 42% der Kinder wurden Sprachauffälligkeiten festgestellt. In 19 Einrichtungen wurden 132 Kinder auch logopädisch begleitet, was zu einer deutlichen Verbesserung der Sprachfähigkeit führte. Insgesamt erhielt jedes Kind in der Regel wöchentlich eine Therapieeinheit.

Auf die weitere Frage von Ausschussmitglied Kohtes zur Durchführung eigener Therapien wurde erläutert, dass in Einzelfällen therapeutische Maßnahmen durch das Team selbst übernommen worden seien. Dies betreffe insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien, bei denen eine regelmäßige Wahrnehmung externer Therapieangebote aus familiären oder organisatorischen Gründen erschwert sei. Ergänzend wurde darauf hingewiesen, dass diese Maßnahmen auch der Überbrückung langer Wartezeiten bei niedergelassenen Logopädinnen und Logopäden dienten, die teilweise bis zu einem Jahr betragen könnten. Ziel bleibe jedoch weiterhin die Anbindung an externe therapeutische Angebote.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Wienands zur Entwicklung des Anteils sprachauffälliger Kinder wurde ausgeführt, dass der Bedarf aktuell deutlich angestiegen sei. Es wurde berichtet, dass insbesondere in den vergangenen zehn Jahren ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen gewesen sei und inzwischen etwa ein Drittel der Kinder betroffen sei.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht. Ausschussvorsitzender Köpenick dankte abschließend für die geleistete Arbeit und leitete anschließend zu Tagesordnungspunkt 3.2 „Vorstellung des Gesunden Städte-Netzwerks“ über.

3.2. Vorstellung des Gesunde Städte-Netzwerks **Vorlage: 53/0844/XVIII/2026**

Protokoll:

Frau Marona stellte das Gesunde Städte-Netzwerk im Rahmen des Ausschusses vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Im Anschluss an den Vortrag dankte der Ausschussvorsitzende Köpenick für die Ausführung und übergab das Wort an Dezernent Küpper.

Dezernent Küpper nutzte die Gelegenheit, Frau Marona ausdrücklich für ihre Tätigkeit für den Rhein-Kreis Neuss zu danken. Es wurde hervorgehoben, dass sie Mitglied des Sprecherrates des Gesunde Städte-Netzwerks sei, welcher die Interessen des gesamten Netzwerks nach außen vertrete. Dabei wurde ausgeführt, dass dem Sprecherrat lediglich zehn Personen aus über 110 Mitgliedskommunen angehörten und Frau Marona bereits mehrfach in dieses Gremium wiedergewählt worden sei. Ihr langjähriges Engagement für den Rhein-Kreis Neuss innerhalb des Netzwerks wurde ausdrücklich gewürdigt.

Darüber hinaus wurde das Gesunde Städte-Netzwerk als bedeutende Interessenvertretung der Kommunen beschrieben. Es wurde erläutert, dass das Netzwerk auf Bundesebene teilweise größere Aufmerksamkeit erhalte als andere kommunale Zusammenschlüsse. Insbesondere vor dem Hintergrund des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst sei die Mitarbeit im Netzwerk von hoher Bedeutung gewesen. In diesem Zusammenhang wurde ausgeführt, dass über Frau Marona und den Sprecherrat wichtige Informationen gewonnen sowie Anliegen des Rhein-Kreises Neuss erfolgreich eingebracht werden konnten. Die Mitgliedschaft des Rhein-Kreises Neuss im Gesunde Städte-Netzwerk wurde daher ausdrücklich als sinnvoll bewertet.

Frau Marona bedankte sich für die anerkennenden Worte und gab den Dank an Dezernent Küpper zurück. Dabei wurde dessen Unterstützung und Engagement für den Gesundheitsbereich positiv hervorgehoben.

Mit Blick auf das Themenfeld Gesundheit verwies Frau Marona zudem darauf, dass der Kreis diesem Aspekt bereits im Rahmen seiner Nachhaltigkeitsstrategie ausführlich Rechnung getragen habe.

Im weiteren Verlauf wies Kreisdirektor Brügge darauf hin, dass die Nachhaltigkeitsstrategie des Rhein-Kreises Neuss derzeit noch erarbeitet werde und bislang noch kein abschließender Beschluss hierzu gefasst worden sei. Die politische Beratung zur Strategie erfolge noch.

Seitens Frau Marona wurde ergänzend angemerkt, dass sich der Rhein-Kreis Neuss bereits jetzt auf einem positiven Weg befinde.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht. Abschließend schloss sich der Ausschussvorsitzende Köpenick den Dankesworten von Dezernent Küpper an und dankte ebenfalls für die geleistete Arbeit.

4. Beschlüsse

4.1. Behandlung im Voraus planen – Beschlussvorlage bzgl. Fortsetzung Vorlage: 50/0708/XVIII/2026

Protokoll:

Zum aktuellen Stand des Projektes „Behandlung im Voraus planen“ erfolgte in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit eine Präsentation durch den Mitarbeiter der BfG, welcher bei der BVP verortet ist, Herrn Andreas Gerdes. Die entsprechende Präsentation ist den Sitzungsunterlagen zu entnehmen.

Im Anschluss an den Vortrag gab Ausschussvorsitzender Köpenick den Ausschussmitgliedern die Gelegenheit für Fragen.

Ausschussmitglied Krüppel lobte das Projekt und bat um nähere Erläuterung bezüglich der Finanzierung. Hier insbesondere wofür die zusätzlich eingestellten Mittel benötigt würden, wenn grundsätzlich eine Finanzierung durch die Krankenkasse erfolge. Unter Bezugnahme auf die Sitzungsunterlagen wurde zudem nachgefragt, ob verzögert eingehende Zahlungen der Krankenkassen zu einem späteren Zeitpunkt vollständig nachgezahlt würden. Darüber hinaus wurde um Klarstellung gebeten, welche Kostenpositionen durch die Krankenkassen refinanziert werden könnten und welche gegebenenfalls nicht oder nicht vollständig gedeckt seien.

Herrn Gerdes führte aus, dass die Refinanzierung gesetzlich auf Grundlage einer Vollzeitstelle pro 400 gesetzlich versicherten Bewohnerinnen und Bewohnern erfolge. Die Krankenkassen zahlten hierfür jährlich vereinbarte Pauschalbeträge. Zwar sei die pauschale Finanzierung unabhängig von der Anzahl der Beratungen grundsätzlich positiv zu bewerten, jedoch würden bestimmte Kosten, insbesondere Fahrt- und Fortbildungskosten, nicht refinanziert. Dies stelle insbesondere bei Einsätzen in mehreren Einrichtungen ein Defizit dar. Zudem entspreche die gesetzliche Grundlage von 400 Bewohnerinnen und Bewohnern pro Vollzeitstelle nicht den praktischen Erfahrungen; realistisch seien eher 270 bis 320 Bewohnerinnen und Bewohner pro Stelle.

Ausschussmitglied Krüppel bedankte sich für die Ausführungen und äußerte, dass die Ausweitung der gesundheitlichen Versorgungsplanung auch auf ambulant gepflegte Personen sinnvoll sei. Sie erfragte, inwieweit die Krankenkassen ihrer Finanzierungsverantwortung ausreichend nachkämen, wenn selbst notwendige Kosten wie Fahrt- und Fortbildungskosten nicht übernommen würde. Sie merkte an, dass bei vollständiger Kostenübernahme durch die Krankenkassen möglicherweise finanzielle Spielräume auf Kreisebene für die ambulante Pflege entstehen könnten.

Kreisdirektor Brügge verwies auf die ausführliche Vorlage der Verwaltung, den Projektberichts BVP und dort insbesondere auf die S. 20 des Berichts, dort würden die Fragen beantwortet.

Ausschussmitglied Wienands hob hervor, dass die gesundheitliche Versorgungsplanung grundsätzlich allen Menschen zugänglich gemacht werden sollte. Ziel müsse es sein, die Vorsorgeplanung als reguläre Kassenleistung für alle Menschen zugänglich zu machen, ausdrücklich auch für Privatpatientinnen und Privatpatienten. Des Weiteren merkte sie an, dass die fehlende Gewinnerzielung nicht kritisch zu bewerten sei, da eine wirtschaftliche Gewinnerzielung nie Ziel des Projekts gewesen sei. Vielmehr habe von Beginn an der Gedanke im Vordergrund gestanden, das Bewusstsein für Vorsorge in der Bevölkerung zu stärken und Menschen zu motivieren, schwierige Entscheidungen frühzeitig und bei klarem Bewusstsein zu treffen.

Ausschussmitglied Junggeburch führte aus, dass das regionale Projekt insbesondere auch kleineren Trägern die Möglichkeit eröffne, entsprechende Strukturen aufzubauen und damit Rechtssicherheit für die Bewohnerinnen und Bewohner zu schaffen. Gleichwohl wurde die Hoffnung geäußert, dass das Projekt fortgeführt werde.

ASWG/20260507/Ö4.1

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit beschließt die Verlängerung des

Projektes BVP für einen Zeitraum von zunächst fünf Jahren.

Für die entstehenden Personalkosten ist eine Nachzeichnung der Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst auf der Basis des TVÖD durch die Verwaltung vorzunehmen.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
einstimmig beschlossen

4.2. Einstellung Pflegefinder-App des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 50/0709/XVIII/2026

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge erklärte, dass die Pflegefinder-App ursprünglich als Idee des Rhein-Kreises Neuss entwickelt worden sei. Diese habe sich im weiteren Verlauf so erfolgreich etabliert, dass sie mittlerweile vom Land Nordrhein-Westfalen landesweit, zumindest für stationäre Einrichtungen, übernommen worden sei. Dies habe jedoch zur Folge, dass die ursprünglich im Rhein-Kreis Neuss entwickelte Anwendung im Vergleich deutlich weniger genutzt werde, da nunmehr ein landesweites Parallelangebot bestehe. Eine Weiterentwicklung bzw. ein Relaunch der eigenen Anwendung wäre zwar technisch möglich, erscheine jedoch nicht zweckmäßig. Daher werde vorgeschlagen, das ursprüngliche Angebot einzustellen. Zugleich betonte er, dass hierdurch keine Einschränkungen im Service für die Nutzerinnen und Nutzer entstehen würden.

Ausschussmitglied Kühl erfragte, ob die Möglichkeit bestehe, sich in der App als Nachbarschaftshelfer eintragen zu lassen.

Kreisdirektor Brügger erklärte, dass dies nicht vorgesehen sei. Das Anliegen werde dennoch als Anregung aufgenommen und geprüft, in welcher Form eine Umsetzung möglich sei.

ASWG/20260507/Ö4.2

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen beschließt die Einstellung der Pflegefinder-App des Rhein-Kreises Neuss.

Mit Einstellung der Pflegefinder-App wird auf der Internetseite der Kreisverwaltung bei der Suche nach Heimplätzen ab sofort auf die Heimfinder-App des Landes NRW verwiesen.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
einstimmig beschlossen

5. Mitteilungen

5.1. Mitteilung Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie der WTG-DVO zum voraussichtlich 01.01.2027

Vorlage: 50/0710/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussmitglied Bartsch erkundigte sich, ob es in der Zukunft einen erhöhten Fortbildungsbedarf in der WTG-Behörde gebe, wenn die Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes in Kraft tritt.

Kreisdirektor Brügge bekräftigte, dass auf das Thema der Fortbildung bereits jetzt ein großer Fokus gelegt werde und dies bei Bedarf auch nach der Gesetzesänderung so sein werde.

5.2. Zukunftsprogramm Pflegeberufe: Bericht zur Messeveranstaltung "Erlebniswelt Pflege und Soziales" 2026

Vorlage: 50/0711/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlage der Verwaltung. Es gab keine Fragen oder Anmerkungen.

5.3. Kommunales Integrationsmanagement (KIM) - aktueller Sachstand der Umsetzung

Vorlage: 50/0712/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlage der Verwaltung. Es gab keine Fragen oder Anmerkungen.

5.4. Ergebnis Pflegemodellrechnung mit Auswirkung auf den Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/0713/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussmitglied Uhlmann erfragte, inwieweit die strukturellen Folgewirkungen hinsichtlich Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit sowie daraus resultierender Betreuungsbedarfe im familiären Umfeld in der weiteren Planung und Strukturentwicklung berücksichtigt würden.

Kreisdirektor Brügge führte aus, dass sowohl in der verbindlichen Bedarfsplanung als auch in der örtlichen Planung bereits diejenigen Themen berücksichtigt würden, die unmittelbar planungsrelevant seien. Eine gemeinsame Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen werde grundsätzlich angestrebt.

5.5. Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Deutschsprach-förderverordnung Vorlage: 50/0735/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlage der Verwaltung. Es gab keine Fragen oder Anmerkungen.

6. Mündliche Mitteilungen

Es erfolgten keine mündlichen Mitteilungen.

7. Anträge

Es erfolgten keine Anträge.

8. Anfragen

Ausschussvorsitzender Köpenick verwies auf die Vorlagen der Verwaltung zu den Anfragen der SPD-Fraktion und gab den Ausschussmitgliedern die Gelegenheit für Fragen oder Anmerkungen.

8.1. Anfrage der SPD-Fraktion: Verdeckte Altersarmut im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/0861/XVIII/2026

Protokoll:

Ausschussmitglied Müller nahm Bezug zu Punkt 8.1. der Tagesordnung und regte an, den betreffenden Abschnitt hinsichtlich der Altersarmut inhaltlich weiter auszuführen beziehungsweise mit zusätzlichen Informationen zu ergänzen. Zudem wolle er die Antwort auf die Anfrage abwarten und prüfen, ob sich daraus weitere Fragen ergäben, die gegebenenfalls nachträglich beantwortet werden könnten.

Kreisdirektor Brügge verwies auf die Geschäftsordnung, wonach nur der Antragsteller, also in diesem Fall die SPD-Fraktion, das Recht zu einer Nachfrage habe.

8.2. Anfrage der SPD-Fraktion: Wohnungslosigkeit im Rhein-Kreis Neuss - aktuelle Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus der bundesweiten Befragung

Vorlage: 50/0862/XVIII/2026

8.3. Anfrage der SPD-Fraktion: Psychische Gesundheit von Mädchen und Jungen sowie jungen Frauen und Männern im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/0863/XVIII/2026

Protokoll:

Die Beantwortung der Anfrage ist vollumfänglich zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Wenn alle notwendigen Daten vorliegen, wird ein zusammenfassender Bericht über die psychische Gesundheit erstellt.

Folgend wird die Anfrage durch das Kreisgesundheitsamt in Teilen beantwortet.

Welche aktuellen Erkenntnisse liegen der Kreisverwaltung, dem Gesundheitsamt, dem Jugendamt, dem Schulpsychologischen Dienst oder sonstigen zuständigen Stellen zur psychischen Belastung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Rhein-Kreis Neuss vor?

Die dem Gesundheitsamt vorliegenden Daten, die teilweise auch bereits im Gesundheitsausschuss vorgestellt wurden (z.B. Yes Umfrage) bestätigen überregionale Ergebnisse, entsprechend einer relativ hohen psychischen Belastung bei Jugendlichen.

In der Jugendbefragung Yes 2023, wurden Jugendliche in der 8. und 10. Klasse zu verschiedenen Themen befragt, darunter auch mehrere Fragen zur mentalen Gesundheit. An der Umfrage haben nur Gymnasien teilgenommen, daher ist hier keine Unterteilung nach Schulform möglich und die Ergebnisse sind daher nicht repräsentativ.

Um die bisherigen Erkenntnisse zu validieren und langfristige Trends zu bestätigen, beteiligt sich der Rhein-Kreis Neuss an der nächsten Umfragerunde der Yes Studie. Ein zentraler Fokus liegt für uns dabei auf der Steigerung der Teilnahmequote unter den Jugendlichen sowie der verschiedenen Schulformen, um eine höhere Repräsentativität der Daten zu gewährleisten. Basierend auf diesen Daten können dann im nächsten Schritt zielgerichtete und bedarfsorientierte Präventionsmaßnahmen umgesetzt werden.

Die Ergebnisse bezogen auf Mädchen/ junge Frauen werden unten aufgeführt.

Die Caritas hat im Auftrag des RKN auch Befragungen an zwei Berufsschulen durchgeführt und dort ähnlich hohe Ergebnisse im Bereich der psychischen Belastungen erhalten.

Vollumfängliche Daten werden aktuell erhoben.

Liegen dem Rhein-Kreis Neuss regionale Daten oder Auswertungen speziell zur psychischen Belastung von Mädchen und jungen Frauen vor? Falls ja, bitte nach Möglichkeit nach Altersgruppen, Schulformen oder Lebenslagen differenziert darstellen.

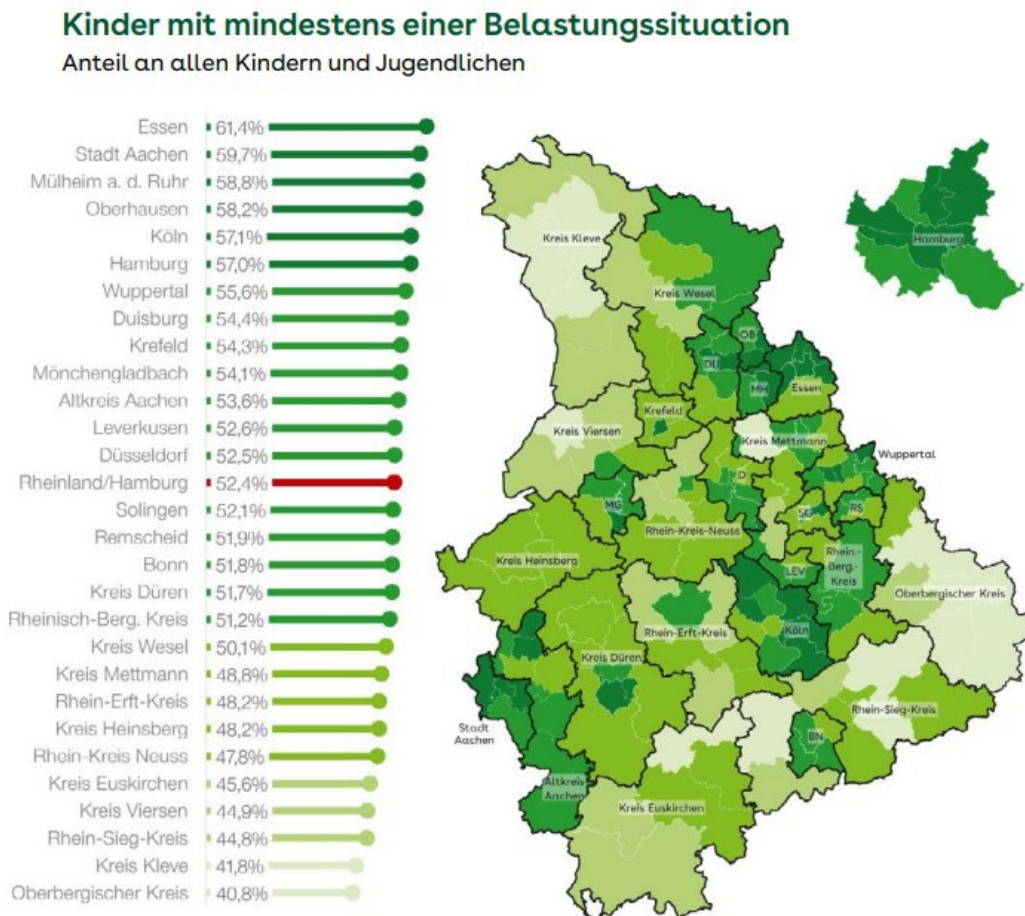
Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter angenommen. Hier zeigt sich unter anderem, dass besonders die Angststörungen zugenommen haben und Mädchen deutlich häufiger betroffen sind.

Den umfänglichen Report können Sie unter folgendem Link finden:

https://www.dak.de/dak/unternehmen/reporte-forschung/kjr-2025-angststoerungen_153340#rtf-anchor-psychische-erkrankungen-im-kindes-und-jugendalter

Die AOK hat in ihrem Gesundheitsreport zudem die Belastungssituation von Kindern und Jugendlichen untersucht. Auch wenn es nicht direkt die psychische Gesundheit der Jugendlichen behandelt, so können sich Belastungssituation auf die psychische Gesundheit auswirken.

Ein persönlicher Austausch mit der AOK zu diesem Thema hat bereits stattgefunden. Es wird eine gesonderte Auswertung bestimmter Indikatoren für den Rhein-Kreis Neuss erfolgen.



Welche Erkenntnisse aus der im Rhein-Kreis Neuss vorgestellten Jugendumfrage „YES“ betreffen die psychische Gesundheit, das Stressempfinden, Einsamkeit, depressive Belastungen, Selbstzweifel oder sonstige psychosoziale Auffälligkeiten junger Menschen? Gibt es hierbei erkennbare Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen beziehungsweise jungen Frauen und jungen Männern?

Die Auswertung der ersten Yes-Befragung im Jahr 2023 zeigt folgende Ergebnisse (nicht repräsentativ für den RKN, da nur Gymnasien teilgenommen haben):

Selbsteinschätzung: 79% bewerten ihre Gesundheit als (sehr) gut. Jungen (85%) sind hier optimistischer als Mädchen (75%).

Glück & Einsamkeit: 70% fühlen sich meist glücklich. Dennoch fühlen sich 51% der Mädchen und 28% der Jungen „manchmal bis immer“ einsam.

Stress: 67% fühlen sich oft gestresst, die meisten durch Schule oder Hausaufgaben (50%), generell von allem was man zu tun hat (41%) und was andere von einem denken (33%). 40% fühlen sich regelmäßig durch sich selbst und 28% durch andere unter Druck gesetzt. Zudem machen sich 29% Sorgen über die Klimakrise, 25% über gestiegene Kosten bzw. die finanzielle Situation der Familie und 23% über den Krieg in der Ukraine.

Einsamkeitsgefühl: 40% haben sich in den letzten 4 Wochen manchmal bis immer einsam gefühlt (51% der Mädchen und 28% der Jungen).

Psychische Beschwerden (nicht psychische Erkrankungen): 37% weisen psychische Beschwerden auf (MHI-5 Methode). Mädchen sind mit 50% doppelt so häufig betroffen wie Jungen mit 23%.

Suizidgedanken: 31% der Mädchen und 21% der Jungen dachten im letzten Jahr mindestens einmal über Suizid nach.

Resilienz: 55% finden es schwierig, mit stressigen Situationen umzugehen (64% der Mädchen und 46% der Jungen), aber 81% weisen eine ausreichende Resilienz auf.

Welche kreisbezogenen Beratungs-, Unterstützungs- und Präventionsangebote bestehen derzeit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit psychischen Belastungen? Bitte dabei insbesondere auf Angebote des Schulpsychologischen Dienstes, des Gesundheitsamtes beziehungsweise Sozialpsychiatrischen Dienstes, der Jugendhilfe sowie auf Kooperationsangebote mit freien Trägern eingehen.

1. Schulpsychologischer Dienst

Der schulpsychologische Dienst des Rhein-Kreises Neuss ist kreisweit mit mehreren Beratungsstellen präsent und bietet:

- kostenfreie, vertrauliche Beratung für Schüler/innen, Eltern und Lehrkräfte
- Diagnostik und längerfristige Begleitung bei Lernstörungen (Lesen, Schreiben, Rechnen), Verhaltensauffälligkeiten (z.B. Mobbing, soziale Probleme)
- Krisenintervention in Schulen
- Fortbildungen für Lehrkräfte und Elternangebote („Elternschule“)

Der Dienst ist die erste fachpsychologische Schnittstelle im System Schule und ist besonders relevant für frühe Problemerkennung.

Beratungen werden auch z.B. bei Schulverweigerung, Mobbing, Aggressivität, Überforderung oder als Krisenintervention angeboten.

2. Gesundheitsamt: Sozialpsychiatrischer Dienst (SPDi)

Der Sozialpsychiatrische Dienst ist eine zentrale öffentliche Einrichtung für psychische Gesundheit (für Betroffene und Angehörige), Angebote umfassen:

- Beratung auch für junge Erwachsene

- Unterstützung bei: psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen, Krisensituationen
- Einzel-, Paar- und Familiengespräche
- Hilfeplanung und Vermittlung weiterer Hilfen
- Nachsorge nach Klinikaufenthalten
- Hausbesuche und Außensprechstunden im Kreis

Ergänzende Strukturen im Gesundheitsamt:

- Kinder- und Jugendärztlicher Dienst (z. B. bei Entwicklungsauffälligkeiten)
- Beratung zu Förderbedarfen und Teilhabe im Schulkontext

Der SPD ist die zentrale niedrigschwellige Schnittstelle zwischen Prävention und Versorgung

3. Jugendhilfe (kommunale Angebote)

Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD), zentrale Anlaufstelle des Jugendamtes bietet:

- Beratung bei: familiären Konflikten, Überforderung, Schulproblemen
- Hilfeplanung und Vermittlung von: Hilfen zur Erziehung, Unterstützungsmaßnahmen
- Unterstützung auch für junge Volljährige

Weitere Jugendhilfeangebote:

- Erziehungs- und Familienberatung (z.B. bei der Diakonie in Korschenbroich und Kaarst und Neuss (JUBS), bei der Caritas („balance“))
- Frühe Hilfen (präventiv)
- Streetwork / Gemeinwesenarbeit
- Betreutes Wohnen
- Jugendhilfe im Strafverfahren

4. Freie Träger & Kooperationsangebote

Psychosoziale Beratung (z. B. Diakonie)

- offene Anlaufstellen + digitale Beratung
- Unterstützung bei: emotionaler Belastung, Alltagsproblemen, Lebenskrisen

Sozialpsychiatrische Zentren (SPZ)

- Beratung und Begleitung bei psychischen Erkrankungen
- Gruppenangebote (z. B. Treffpunkte, Training)

- ambulant betreutes Wohnen
- Unterstützung bei: Alltag, Arbeit, sozialer Teilhabe

Angebote der Krankenkassen

Beispielhaft von der DAK:

1. Fit4future Teens

Bundesweites Präventionsprogramm an Schulen zur Förderung psychischer Gesundheit, Stressbewältigung, Bewegung, gesunder Lebensweise und Medienkompetenz. Das Programm wird auch in NRW eingesetzt.

Link: <https://fit-4-future.de/>

2. Vorsorgepaket Kinder und Jugendliche

Die DAK bietet gemeinsam mit Kinder- und Jugendärzten zusätzliche Vorsorgeleistungen an, darunter:

- Mediensuchtscreening
- Depressionsfrüherkennung
- soziale und emotionale Entwicklungsdiagnostik

Link: https://www.dak.de/dak/leistungen/kindervorsorge/bvkj-vorsorgepaket_93202

3. veovita plus

Digitales Unterstützungsangebot für Menschen mit Depressionen, Angststörungen oder Burnout. Auch für ältere Jugendliche und junge Erwachsene nutzbar.

Link: https://www.dak.de/dak/leistungen/psychotherapie_21446

Beispielhaft von der AOK:

1. Psychische Gesundheit im Unterricht

Die AOK unterstützt Schulen mit Workshops, Unterrichtsmaterialien und Präventionsangeboten zur Förderung von Resilienz, mentaler Gesundheit und sozialer Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen. Die Angebote richten sich auch an Lehrkräfte und Eltern und sind in NRW verfügbar.

Link: <https://www.aok.de/pk/leistungen/unterricht/psychische-gesundheit/>

2. AOK-liveonline

Digitale Seminare und Coachings zu Themen wie Stressbewältigung, mentale Gesundheit, Ausbildung und Gesundheitskompetenz für Jugendliche und junge Erwachsene.

Link: <https://www.aok.de/pk/gesundheitskurse/online/liveonline/>

Beispielhaft von der Techniker Krankenkasse

1. CareNow

Psychologische Soforthilfe für Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren. Das Angebot kombiniert:

- App-basierte Unterstützung
- psychologische Videogespräche
- Krisenhilfe

Link: <https://www.tk.de/techniker/gesundheit-foerdern/digitale-gesundheit/gesundheits-apps/carenow-psychologische-hilfe-jugendliche-2210136>

2. Home BASE

Nachsorgeprogramm für Kinder und Jugendliche nach stationären psychiatrischen Aufhalten. Ziel ist die Wiedereingliederung in den Alltag durch multiprofessionelle ambulante Unterstützung.

Link: <https://www.tk.de/techniker/versicherung/tk-leistungen/weitere-leistungen/igv-vertraege/home-base-kinder-jugendliche-psychische-erkrankung-2191504>

Beispielhaft von der Barmer:

1. Kinder- und Jugend-Programm

Erweitertes Vorsorgeprogramm mit zusätzlichen Untersuchungen zur emotionalen, sozialen und psychischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Enthalten sind:

- zusätzliche Vorsorgeuntersuchungen,
- psychosoziale Entwicklungsdiagnostik,
- Beratungsangebote für Eltern.

Link: <https://www.barmer.de/unsere-leistungen/leistungen-a-z/familie/kinder-und-jugend-programm-1003056>

NRW-weites Programm mit Unterstützung gesetzlicher Krankenkassen:

1. #gemeinsamstark

NRW-weites Gruppenangebot für psychisch belastete Kinder und Jugendliche. Unterstützt durch das NRW-Gesundheitsministerium und eingebunden in die psychotherapeutische Versorgung. Ziel ist eine niedrigschwellige Unterstützung vor Manifestation schwerer Erkrankungen.

Link: <https://www.kvno.de/meta-navigation/suche/news/nachricht/gemeinsamstark-praeventionsangebot-fuer-psychisch-belastete-kinder-und-jugendliche>

Gibt es im Rhein-Kreis Neuss besondere Angebote, die sich gezielt an Mädchen und junge Frauen richten oder geschlechtsspezifische Belastungslagen berücksichtigen? Wenn ja, welche sind dies und in welchem Umfang werden diese Angebote in Anspruch genommen?

Caritas:

- Mädchengruppe „Girls Club“ (11-13 Jahre)
- Mädchengruppe (ab 14 Jahren)

Diakonie:

„Deep Talk“ - Gruppe für Mädchen zwischen 14-17 Jahren

Die Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern in Korschenbroich bietet seit April 2023 eine Gruppe für Mädchen zwischen 14- 17 Jahren an.

Bei „Deep Talk“ können sich die Mädchen jeden zweiten Donnerstag zwischen 16-17 Uhr austauschen u.a. über sich und ihre Gefühle sprechen.

Im geschützten Rahmen können belastende Themen besprochen und neue Wege gefunden werden, um die eigenen Stärken zu erleben und Sicherheit im Verhalten zu gewinnen.

Wie die Angebote in Anspruch genommen werden, wird gerade erhoben.

Wie bewertet die Verwaltung aktuell die Versorgungslage für junge Menschen mit psychischen Belastungen im Kreisgebiet, insbesondere mit Blick auf Erstberatung, Krisenintervention, Prävention, Weitervermittlung sowie Wartezeiten bis zu therapeutischen oder fachärztlichen Hilfen?

Es gibt verschiedene Angebote für junge Menschen mit zeitnahe Zugang zu Erstberatung und Krisenintervention. Die Weitervermittlung in therapeutische oder fachärztliche Betreuung ist mit Wartezeiten verbunden. Aktuell werden hierzu Daten erhoben.

Welche Rückmeldungen liegen der Verwaltung von Schulen, Berufskollegs, Jugendhilfeeinrichtungen, Beratungsstellen oder freien Trägern zur Entwicklung psychischer Belastungen junger Menschen in den vergangenen zwei Jahren vor?

Daten sind angefragt.

Welche Maßnahmen wurden infolge des Beschlusses des Kreisausschusses vom 13.03.2024 zur Vorlage 40/4240/XVII/2024 „Prävention psychischer Erkrankungen in den Berufsschulen des Rhein-Kreises Neuss“ konkret umgesetzt? Bitte darstellen, welche Maßnahmen realisiert wurden, welche Mittel eingesetzt wurden, welche Schulen beteiligt

waren, wie die Angebote angenommen wurden und welche Erkenntnisse zur Wirksamkeit vorliegen.

An den Berufsschulen werden von der Caritas spezifische Präventionsmaßnahmen und direkte psychologische Betreuung angeboten. Genauere Informationen folgen.

Hat die Verwaltung Erkenntnisse darüber, ob Schulen oder Einrichtungen im Rhein-Kreis Neuss von dem Bundesprogramm „Mental Health Coaches“ oder vergleichbaren präventiven Programmen profitiert haben oder ob Auswirkungen durch deren Einstellung spürbar sind?

Bisher haben wir keine Erkenntnisse dazu, Recherche läuft.

Welche Folgen sieht die Verwaltung für die Präventionsarbeit vor Ort, wenn schulbezogene präventive Programme zur Förderung psychischer Gesundheit nicht fortgeführt werden? Entstehen dadurch aus Sicht der Verwaltung Versorgungslücken, die auf kommunaler oder kreisweiter Ebene aufgefangen werden müssten?

In Bearbeitung.

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die psychische Gesundheit junger Menschen im Rhein-Kreis Neuss präventiv stärker zu fördern, insbesondere durch niedrigschwellige und geschlechtssensible Angebote, bessere Vernetzung von Schule, Jugendhilfe und Gesundheitswesen sowie stärkere Information über vorhandene Hilfen?

Diese Frage lässt sich erst nach Vorlage aller Daten beantworten.

Beabsichtigt die Verwaltung, dem zuständigen Ausschuss einen zusammenfassenden Bericht zur psychischen Gesundheit junger Menschen im Rhein-Kreis Neuss mit regionalen Daten, bestehender Angebotsstruktur, festgestellten Lücken und möglichen Handlungsempfehlungen vorzulegen? Wenn nein, warum nicht?

Wenn alle Daten erhoben sind, wird ein zusammenfassender Bericht zur psychischen Gesundheit junger Menschen erstellt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Florian Köpenick um 18:43 Uhr die Sitzung.



Florian Köpenick
Vorsitz



Sandra Burmeister
Schriftführung



Florian Lennartz
Schriftführung